

Zusammenhänge zwischen Armut und Bildung.

Armut ist vererbbar. Daten und Fakten.

Teufelskreis Armut und Bildung – Armut in Österreich – Verteilung von Wohlstand und Vermögen

Presseunterlagen

Erstellt: Verena Fabris, Margit Kubala (Volkshilfe Österreich 10.07.2013)

I) TEUFELSKREIS ARMUT UND SCHLECHTE AUSBILDUNG

Gute Noten in der Schule hängen zu einem hohen Prozentsatz vom Bildungsniveau und vom Einkommen der Eltern ab, denn in Österreich gilt immer noch: Wer arme Eltern hat, hat schlechtere Chancen in der Schule. Armut ist in Österreich vererbbar.

Wahl der Schulform

Je weniger die Eltern verdienen, desto seltener wechseln ihre Kinder nach der vierten Klasse Volksschule in die AHS-Unterstufe, – auch wenn ihre Noten gut genug dafür wären. In der AHS haben 27% der Kinder Eltern, deren Einkommen unter 1.500 Euro liegt, in der Hauptschule sind es 45%. (Quelle: Institut für Bildungsforschung 2004)

In der **Oberstufe** setzt sich die Ungleichheit fort: Nur ein Viertel der Kinder, deren Eltern als HilfsarbeiterInnen arbeiten, besuchen die AHS-Oberstufe oder die BHS (24,8%), während dies drei Viertel (74,3%) der Kinder aus Familien tun, deren Eltern hochqualifizierte Tätigkeiten ausüben. (Quelle: Institut für Bildungsforschung 2004)

Bildung wird vererbt: Während 69 % der SchülerInnen, deren Eltern einen tertiären Bildungsabschluss haben, angeben, nach der Volksschule in eine AHS-Unterstufe zu wechseln, sind es nur 16 % der SchülerInnen, deren Eltern maximal einen Pflichtschulabschluss aufweisen. (Quelle: Nationaler Bildungsbericht 2012)

Österreichs Schulsystem ist ein **System der frühzeitigen sozialen Auslese**. Bereits mit zehn Jahren erfolgt eine Selektion in Hauptschule und Gymnasium. Auch hier sind Bildungsniveau und Einkommen der Eltern ausschlaggebend für den Bildungsweg der Kinder.

Die gemeinsame Schule der 10-14-jährigen hat sich – mit Ausnahme von Österreich und Deutschland – überall in Europa durchgesetzt.

Wir haben eine im europäischen Vergleich geringe Kinderarmut, aber nur durchschnittliche Werte bei den sozialen Aufstiegschancen von Kindern aus ärmeren Haushalten.

Schulabbruchsquote

Auch die **Auswirkung auf die Quote der frühen BildungsabbrecherInnen** (keine weitere Ausbildung nach der Pflichtschule) ist gravierend: Sind die Eltern AkademikerInnen, liegt sie bei 3,7%. Ist die Schulbildung der Eltern niedrig, erhöht sich die Quote auf bis zu 18,7%. Sind die Eltern arbeitslos, liegt sie gar bei 20,8%. (Quelle: Nationaler Bildungsbericht 2009)

Nachhilfe

Jede/jeder fünfte SchülerIn bekommt bezahlte oder unbezahlte externe Nachhilfe. 38% aller SchülerInnen, die eine AHS-Oberstufe oder eine höhere berufsbildende Schulform besuchen, nehmen Nachhilfe in Anspruch.

Die jährlichen Nachhilfekosten lagen 2012 bei 107 Millionen Euro. Pro Kind beliefen sich die Kosten auf 606 Euro im Jahr. (AK Studie, Nachhilfe 2012)

Beinahe die Hälfte der Eltern (44%), die für ihr Kind innerhalb des letzten Jahres eine externe Nachhilfe bezahlen mussten, fühlt sich dadurch **sehr stark oder spürbar belastet**. Für weite 36% der Eltern bedeuten diese Kosten zumindest eine gewisse Belastung. (AK Studie, Nachhilfe 2012)

Von den Eltern mit einem monatlichen HH-Einkommen von bis zu 1.300 Euro gaben 66% an, dass sie von den Ausgaben für Nachhilfe stark bzw. spürbar belastet sind. Bei jenen, die ein HH-Einkommen von bis zu 2.500 Euro haben, sind es noch immer deutlich mehr als die Hälfte (55%). (AK Studie, Nachhilfe 2012)

Jede zusätzlich nötige bzw. privat finanzierte Nachhilfe bedeutet somit eine weitere Benachteiligung der einkommensschwächeren Familien. Davon sind in besonderem Maße Familien mit Migrationshintergrund und Alleinerzieherinnen betroffen. (AK Studie, Nachhilfe 2012)

Lesekompetenz

Kinder bildungsferner Schichten weisen eine bis zu 13% schlechtere Lesekompetenz auf. Bei den Noten zählt aber nicht nur das Können. Studien zeigen, dass sie selbst bei gleicher Lesekompetenz schlechtere Noten erhalten. Die Wahrscheinlichkeit in Deutsch einen Einser zu bekommen ist um bis zu 10% niedriger. (Quelle: PIRLS 2006)

Gute Bildung verhindert Armut

Bildung ist ein wesentlicher Faktor, um Armut zu vermeiden

Wer lediglich einen Pflichtschulabschluss hat, ist mehr als doppelt so oft armutsgefährdet wie jemand mit Matura. (Statistik Austria, EU SILC 2011)

Personen mit maximal Pflichtschulabschluss verfügen im Schnitt über ein Nettohaushaltseinkommen von 19.128 Euro, Personen mit Universitätsabschluss über 34.152 Euro.

Anders ausgedrückt: 39% der Personen mit maximal Pflichtschulabschluss befinden sich im untersten Einkommensviertel, während sich 54% der Personen mit Universitätsabschluss im obersten Einkommensviertel befinden. (Statistik Austria EU SILC, 2011)

Chancen am Arbeitsmarkt

60% der AbsolventInnen einer Universität oder einer berufsbildenden Schule erhalten innerhalb von drei Monaten nach Ausbildungsabschluss eine Jobzusage, bei Personen mit lediglich Pflichtschulabschluss sind es 20%. (Quelle: Statistik Austria, Bildungsmonitoring 2012)

43% der einen UniversitätsabsolventInnen verdienen in ihrem ersten Job ab 2.400 Euro. Von den AbsolventInnen einer Lehre sind das 8% (Quelle: Statistik Austria, Bildungsmonitoring 2012).

Bildungsniveau und Armut

Personen mit geringerer Ausbildung haben nicht nur geringere Einkommen und sind dadurch öfter armutsgefährdet oder von dauerhafter Armut betroffen, sie sind auch öfter krank als Menschen mit höherer Ausbildung, sterben früher, leben in schlechteren Wohnungen und können sich weitaus häufiger Grundbedürfnisse wie Heizen, Kleidung kaufen oder unerwartete Ausgaben zu tätigen nicht leisten.

Armut ist ein mehrdimensionales Problem und kann nur bekämpft werden, wenn Maßnahmen in allen Politikbereichen ergriffen werden.

Bildung ist aber auch nicht das Allheilmittel gegen Armut. Ebenso notwendig sind Investitionen in Soziale Dienstleistungen, eine monetäre Mindestsicherung sowie eine qualitätsvolle Arbeitsmarktpolitik.

II) ARMUT IN ÖSTERREICH

Von Armut betroffen ist nicht nur, wer in Pappschachteln auf der Straße schläft. Durch biografische Brüche (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Scheidung usw.) können auch als völlig ungefährdet geltende Personen in eine Armutssituation geraten.

Aktuelle Armutsgefährdungsschwelle¹

Als Armutsgefährdungsschwelle werden laut EU-SILC 60 Prozent des Median-Pro-Kopf-Haushaltseinkommens definiert.

Für einen Einpersonenhaushalt beträgt die Armutsgefährdungsschwelle 12.791 Euro pro Jahr, das sind 1.066 Euro im Monat. Für Mehrpersonenhaushalte erhöht sich der Betrag um 533 Euro pro Erwachsenen bzw. um 320 Euro pro Kind. **Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung für eine alleinstehende Person, die 2012 mit 773,26 Euro pro Monat bemessen ist, liegt ca. 292 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle von 1.066 Euro.**

Armutsgefährdungsschwellen nach Haushaltsgröße und -einkommen pro Monat

Einpersonenhaushalt	1.066 Euro
Zweipersonenhaushalt	1.599 Euro
AlleinerzieherIn mit 1 Kind	1.386 Euro
AlleinerzieherIn mit 2 Kindern	1.706 Euro
Paar mit 1 Kind	1.919 Euro
Paar mit 2 Kindern	2.249 Euro

Vergleichswert: Bedarfsorientierte Mindestsicherung pro Monat (2012)²

Alleinstehende Person: 773,26 Euro (597,94 Euro Grundbetrag und 193,32 Euro Wohnkostenanteil). Paare bekommen den 1,5 fachen Betrag (1.159,90 Euro), für Kinder gibt es jeweils mind. 139 Euro.

Einkommensarme („armutsgefährdete“) Menschen³

Als einkommensarm wird ein Haushalt bezeichnet, wenn das Haushaltseinkommen unter der haushaltsspezifischen Armutsgrenze liegt. **1.051.000 Menschen, das sind 13 Prozent der Bevölkerung, sind in Österreich armutsgefährdet.**

Akute und manifeste Armut⁴

Von akuter oder manifester Armut spricht man, wenn ein Haushalt von Einkommensarmut (Erläuterung siehe oben) und von so genannten „Einschränkungen in zentralen Lebensbereichen“ betroffen ist. Unter Einschränkungen in zentralen Lebensbereichen versteht man, dass beispielsweise die Wohnung nicht angemessen geheizt oder abgetragene Kleidung nicht ersetzt werden kann. **431.000 Menschen, das sind rund 5 Prozent der Bevölkerung, sind manifest arm.**

Besonders armutsgefährdete Gruppen⁵

- Ein-Eltern-Haushalte (92% Frauen): 2010: 28%, 2011: 24%
- Alleinlebende Personen mit Pensionsbezug: 2010: Frauen 26%, Männer 13%, 2011: Frauen 26%, Männer 13%
- MigrantInnen: Drittstaatsangehörige: 2010: 31%, 2011: 32%
- Eingebürgerte ÖsterreicherInnen: 2010: 26%, 2011: 23%
- Personen in Mehrpersonenhaushalten (mindestens 3 Kinder): 2010: 18%, 2011: 26%
- Alleinlebende Personen ohne Pension: 2010: Männer: 19%, Frauen: 24%, 2011: Männer: 23%, Frauen: 26%
- Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin: 2010: 18%, 2011: 18%
- Langzeitarbeitslose(mindestens sechs Monate arbeitslos): 2010: 40%, 2011: 41%
- Erwerbslosenhaushalte: 2010: 53%, 2011: 54%
- Working Poor: 2010: 38%, 2011: 38%

Finanzielle Deprivation⁶

Finanzielle Deprivation bedeutet, dass die Lebensführung zumindest in zwei von den folgenden sieben Dimensionen eingeschränkt ist:

- Die Wohnung kann nicht angemessen warm gehalten werden.
- Regelmäßige Zahlungen können innerhalb von 12 Monaten nicht rechtzeitig beglichen werden.
- Notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche können nicht in Anspruch genommen werden.
- Unerwartete Ausgaben bis zu 950 Euro können nicht finanziert werden.
- Neue Kleidung kann nicht gekauft werden.
- Es ist nicht möglich, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder entsprechende vegetarische Speisen zu essen.
- Es ist nicht möglich, FreundInnen oder Verwandte einmal im Monat zum Essen einzuladen.

1.246.000 Menschen in Österreich, das sind 15% der Gesamtbevölkerung, waren 2011 von finanzieller Deprivation betroffen.⁷

Armutssituation von Kindern und Jugendlichen (bis 19 Jahre)⁸

Prozentanteil armutsgefährdete Kinder und Jugendlicher in Österreich nach Herkunft

Österreich 11%

Nicht Österreich 39%

268.000 Kinder und Jugendliche unter 19 Jahren sind armutsgefährdet, das sind 15 Prozent der Kinder in Österreich. Besonders prekär ist die Situation für Kinder mit Migrationshintergrund.

III) REICHTUM UND VERTEILUNG

Die Einkommens- und Vermögensschere in Österreich geht immer weiter auseinander. Reiche werden reicher, Arme immer ärmer.

Geldvermögen⁹

Das Geldvermögen privater Haushalte beträgt 440 Milliarden Euro, das Nettogeldvermögen (= Geldvermögen minus Schulden) beträgt 294 Milliarden Euro. In den letzten 30 Jahren stieg das Geldvermögen der privaten Haushalte um 406 Milliarden Euro.

Die Vermögensschere in Österreich klafft weiterhin auseinander: 54 Prozent des Bruttogeldvermögens sind in Händen von 10 Prozent der Haushalte.

Immobilien

Die Kluft zwischen Arm und Reich zeichnet sich auch beim Immobilienvermögen privater Haushalte ab, das in Österreich rund 880 Milliarden Euro beträgt: **10 Prozent der ÖsterreicherInnen besitzen 61 Prozent des Immobilienvermögens (530 Milliarden Euro)**. Der Großteil davon (370 Milliarden Euro) besteht aus zusätzlichen Immobilien, also aus Zweithäusern oder -wohnungen. Der Wert der Hauptwohnsitze dieser Haushaltsgruppe beträgt 170 Milliarden Euro. 40 Prozent der Menschen in Österreich besitzen gar keine Immobilie.

Vermögenssteuer

Österreich zählt laut den jüngsten Daten der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bei Vermögenssteuern weiterhin zu den Schlusslichtern. Demnach beliefen sich die Einnahmen aus Vermögenssteuern im Jahr 2008 auf nur 0,5% des Bruttoinlandsprodukts. Der OECD-Schnitt betrug 1,8%.

Gemessen am gesamten Steueraufkommen sind die Einnahmen aus Vermögenssteuern in Österreich äußerst niedrig. 1,3% aller Abgaben kamen 2008 aus vermögensbezogener Besteuerung, im OECD-Durchschnitt waren es 5,4%.

Ungleichheit¹⁰

Dem untersten Einkommenszehntel in Österreich stehen maximal 11.503 Euro pro Jahr zur Verfügung, dem obersten Einkommenszehntel hingegen mindestens 36.737 Euro. **Personen im obersten Einkommenszehntel steht somit mindestens ein rund dreimal so hohes Äquivalenzeinkommen zur Verfügung, als Personen des untersten Einkommenszehntels.** In Summe verfügt das oberste Einkommenszehntel über 22%, das unterste über 4% des gesamten Äquivalenzeinkommens.

IV) WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

BMASK – Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: Sozialbericht 2009-2010. Wien 2010.

BAWO – Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe: Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe in Österreich, Wien 2009.

Statistik Austria: Konsumerhebung 2009/10. Wien 2011.

FVA – Fundraisingverband Österreich: Spendenbericht 2010.

Neumayr, Michaela und Schober, Christian: Spendenstudie 2008. Endbericht. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung zum Spendenverhalten in Österreich. NPO-Institut an der WU Wien. Wien 2009.

Caritas, E-Control und FEEI: Ergebnisse des Pilotprojekts gegen Energiearmut. Wien 2009.

V) QUELLEN

¹ Statistik Austria, EU SILC 2011, Tabellenband. Wien 2012.

² Arbeiterkammer: Mindestsicherung: Wer bekommt wie viel? Im Internet: <http://www.arbeiterkammer.at/online/mindestsicherung-wer-bekommt-wie-viel-56975.html?mode=711&STARTJAHR=2008>. Eingesehen am 2.11.2011.

³ Statistik Austria: EU-SILC 2011, Tabellenband. Wien 2012

⁴ Ebenda

⁵ Ebenda

⁶ Ebenda

⁷ Ebenda

⁸ Ebenda

⁹ OeNB-Geldvermögens-befragung 2008.

¹⁰ Statistik Austria, EU SILC 2011, Tabellenband. Wien 2012